

# Protokollauszug

aus der  
56. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr  
vom 26.09.2017

---

öffentlich

**Top 4.4 Strategieplan für Dach- und Fassadenbegrünung in der Landeshauptstadt Potsdam  
17/SVV/0532  
vertagt**

Der Ausschussvorsitzende macht aufmerksam, dass es sich hier um eine Wiedervorlage handelt und den Ausschussmitgliedern eine Stellungnahme der Koordinierungsstelle Klimaschutz zugeleitet worden ist.

Herr Berlin informiert, dass es sich bei der von ihm in der vergangenen Sitzung angesprochenen Expertise „Kommunale Gründach-Strategien“ um eine Ausarbeitung auf wissenschaftlicher Basis handeln würde und geht auf einzelne Stichpunkte der Verwaltungsstellungnahme ein. Er bittet sich mit dieser Thematik intensiv auseinander zu setzen und dem Prüfauftrag zu folgen, um positive Aspekte zu ermitteln.

Frau Lippert (Koordinierungsstelle Klimaschutz) bringt zum Ausdruck, dass die festzustellenden Maßnahmen durchaus geeignet sind. Sie ergänzt jedoch, dass es in Potsdam keine städtebaulich defizitär hochbelasteten Räume gebe. Vielmehr sei die städtebauliche Prüfung (Begrünung) immer Teil der Abwägung in den Bebauungsplanverfahren. Hohe Kosten wären geringen zu erwartenden Effekten gegenüber zu stellen. Für eine sukzessive Umsetzung müssten alle Bebauungspläne nochmals angefasst werden.

Frau Lippert führt aus, dass die Landeshauptstadt Potsdam gemeinsam unter Federführung der Universität Potsdam, sowie den Städten Remscheid und Würzburg ein Forschungsvorhaben zur Anpassung an den Klimawandel beantragt hat (Laufzeit 3 Jahre). Es ist ein zweistufiges Verfahren, die erste Stufe wurde erfolgreich abgeschlossen, nun wird der Vollertrag bis Ende des Monats abgegeben. Zentraler Beitrag für Potsdam ist darin die Erstellung einer Stadtklimakarte, sowie der Wissenstransfer zur Umsetzung von Fassaden- und Dachbegrünung. Auf verschiedene Nachfragen geht Frau Lippert ein. Sie ergänzt, dass auch die Durchführung von Workshops für die Wohnungswirtschaft bzw. Informationsveranstaltungen für Hausbesitzer im Forschungsvorhaben vorgesehen sind, so dass das eigentliche Ziel „mehr Grün für die Stadt zu bekommen“ gut umgesetzt werden kann.

Der Ausschussvorsitzende bittet den Aspekt auch auf die Fassadenbegrünung zu richten und schlägt vor, die Ausführungen von Frau Lippert der Niederschrift als Anlage beizufügen und den Antrag zurück zu stellen, um den Fraktionen die Gelegenheit zur Einsichtnahme und Beurteilung zu ermöglichen.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch. Der Antrag wird ggf. vom Antragsteller zum geeigneten Zeitpunkt erneut aufgerufen.

